

Demokratie in Gefahr: CDU und AfD rücken näher zusammen!



Am 13. Februar 2025 skizzieren aktuelle politische Entwicklungen in Deutschland ein angespanntes Klima der Meinungsverschiedenheit, insbesondere in der Migrationspolitik. Ein entscheidendes Ereignis war die umstrittene Abstimmung über einen Fünf-Punkte-Plan der Union, der mit Unterstützung der AfD und FDP angenommen wurde. Diese Abstimmung lässt viele Fragen zur Integrität der Zustimmung durch die CDU aufkommen. Der CDU-Politiker Danny Freymark, der den Lichtenberger Ortsteil im Berliner Abgeordnetenhaus vertritt, betonte in diesem Kontext, dass die AfD für ihn kein Partner sei. Dennoch wird anerkannt, dass die AfD inzwischen als ernstzunehmender Mitbewerber gilt. **Tagesspiegel** berichtet, dass der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU, der einst konzipiert wurde, um die AfD kleinzuhalten, heutzutage immer mehr in Frage gestellt wird.

Die Abstimmung selbst ergab, dass 703 Abgeordnete

teilnahmen, von denen 348 für den Antrag stimmten, während 345 dagegen waren und 10 sich enthielten. Die Mehrheit kam dabei durch 187 Stimmen der CDU/CSU, 80 Stimmen der FDP und 75 Stimmen der AfD zustande, während die SPD, Grünen und Linke geschlossen mit Nein stimmten. Diese Situation führte zu erheblichen Spannungen innerhalb der politischen Landschaft, wie in der Berichterstattung von **ZDF** hervorgehoben.

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich bezeichnete die Union als „aus der politischen Mitte ausgebrochen“ und äußerte scharfe Kritik an der Zusammenarbeit mit der AfD.

Der Fünf-Punkte-Plan und seine Implikationen

Der umstrittene Fünf-Punkte-Plan sieht unter anderem die generelle Zurückweisung von Asylsuchenden an deutschen Grenzen vor, sowie die dauerhafte Inhaftierung von ausreisepflichtigen Personen, die nicht abgeschoben werden können. Ein weiterer Punkt sieht den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit für eingebürgerte Doppelstaatler vor, die schwere Straftaten begehen. Diese Maßnahmen stoßen jedoch auf entschiedene Ablehnung seitens der Opposition. Der Berliner Abgeordnete Freymark äußerte, dass viele Menschen, insbesondere in Hohenschönhausen, durch verschiedene gesellschaftliche Faktoren verletzt seien. Die CDU sieht sich in der Verantwortung, die Fehler der Vergangenheit anzuerkennen und ihren Kurs zu ändern, um das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen.

Die Debatten um Migration und Sicherheit nehmen an Intensität zu, insbesondere nachdem ein Messerangriff in Aschaffenburg zu einem neuen Aufschwung der Diskussionen im Bundestag führte. Die Union strebt mit ihren Vorschlägen eine wachsende Zustimmung in der Bevölkerung an, während Umfragen zeigen, dass 66 Prozent gegen eine Zusammenarbeit von CDU und AfD sind. Dennoch zeigt die jüngste Abstimmung, dass im politischen Raum neue Allianzen entstehen, die die Geschichte

der deutschen Politik nachhaltig beeinflussen könnten. Der Widerstand aus den Reihen der Grünen, der Linken und der SPD wird immer deutlicher, was dem politischen Klima eine explosive Dynamik verleiht.

Die Reaktionen auf die Abstimmungen

Die Reaktionen auf die Abstimmung waren alles andere als einheitlich. Während die AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel den Tag als einen „großartigen Tag für die Demokratie“ feierte, bedauerte Unionsfraktionschef Friedrich Merz die Tatsache, dass die Mehrheit mit Stimmen der AfD zustande kam und bot neue Verhandlungen mit der SPD und den Grünen an. Diese Kluft innerhalb der Union könnte zukünftig zu weiteren Spannungen führen, wenn der Kurs in der Migrationspolitik besprochen wird. **ZDF** hebt hervor, dass die Diskussion um die Rückführung und die Rechte von subsidiär Schutzberechtigten ebenfalls auf der Agenda steht, was die Komplexität der Migrationsgesetzgebung in Deutschland weiter erhöht.

Insgesamt zeigt sich, dass die deutsche Politik vor einer Herausforderung steht, die sowohl die Wahrnehmung der Wähler als auch die Strategien der Parteien tiefgreifend verändert. Der Druck auf die CDU wird steigen, klare Positionen zu beziehen, während die Wählerschaft zunehmend polarisiert ist. Im Angesicht solch kritischer Entwicklungen bleibt abzuwarten, wie die Parteien auf die Forderungen der Bürger reagieren werden.

Statistische Auswertung

Ort: Wismar, Deutschland

Vorfall: Insolvenz

Ursache: Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg

Schaden: 2800000000

Beste Referenz: [fvw.de](https://www.fvw.de)

Weitere Infos: [zeit.de](https://www.zeit.de)

Zum Originalartikel auf [News-ag.com](https://www.news-ag.com)